

GÜNTER AMENDT

Der Traum vom amerikanischen Traum

Über das Phänomen der Unsichtbarkeit der amerikanischen Armut

I

Seit einiger Zeit spricht man darüber: Über die Armut in Amerika! Hier und da streitet man sich über Zahlen und über die Frage, was denn Armut eigentlich sei; aber man streitet sich. Die USA ist en mode. Der Boom der Amerikaliteratur in der Bundesrepublik läßt sich in den Schaufenstern der Buchläden ablesen. Fast alle Tageszeitungen, Rundfunkanstalten, Wochen- und Monatsblätter haben in letzter Zeit ausführlich über Amerika berichtet. Dabei stellte sich heraus, daß die meisten Stimmen sehr negativ über das Land der unbegrenzten Möglichkeiten sprechen. Das Spektrum der Berichterstattung reicht von *M. Harringtons* informativem Buch *Das andere Amerika* bis zu den mystischen Amerika-Ahnungen eines *Hans Habe*.

Für den deutschen Nachrichtenkonsumenten aber bieten sich zwei Konsequenzen aus all dem an. Entweder das Phänomen der innenpolitischen Schwierigkeiten in den USA, und hier vor allem das der Armut, ist neu, oder die Berichterstattung war falsch. (Wobei auch keine Berichterstattung als eine falsche zu betrachten ist, wenn sie ein falsches Bild des in Frage stehenden Gegenstandes vermittelt.) Wollte man einen Stichtag für den endgültigen Wandel der Amerikaberichterstattung festlegen, dann wäre es der Tag der Ermordung *Kennedys* in Dallas. Das, was im Zeichen des kalten Krieges und der in seiner Folge eröffneten Propagandaoffensive über Amerika verbreitet und aufgebaut worden war, wurde weggespült und verflüchtigte sich in wenigen Augenblicken. Was zurückblieb — und erstmals außerhalb der Grenzen der USA bewußt wurde —, war ein

DER TRAUM VOM AMERIKANISCHEN TRAUM

Land mit ungeheuren innenpolitischen Spannungen und Problemen. Das Interesse jedoch, das jetzt die Berichterstattung über die USA kennzeichnet, hat — obwohl eine krasse Abkehr von dem bisher üblichen — eine Kehrseite, die nicht zu übersehen ist. Vieles, was heute über Amerika geschrieben wird, spiegelt als Hintergrund die Erzählhaltung einer Kriminalstory, wird konsumierbar gemacht durch die atemlose Spannung auf einen Mord, den aufzuklären es gilt.

Der amerikanische Traum aber — Ideologie von Anfang an — ist ausgeträumt; selbst in der Bundesrepublik schickt man sich an, die Probleme dieses Landes zu sehen.

II

War *Columbus* der Entdecker Amerikas, so ist *Mike Harrington* der Entdecker des „anderen Amerika“. ¹⁾ Für Harrington ist *Armut in Amerika* primär „eine Sache des Sehvermögens und der Empfindungsfähigkeit“. Dabei handelt es sich zunächst einmal um ein Problem der visuellen Wahrnehmung.

Dem in der Sache Interessierten bietet sich die amerikanische Großstadtregion trostlos dar. Chicago beispielsweise: Block um Block eine dumpfe, schwarze Häuseransammlung; Quadrat an Quadrat gereiht, nur unterbrochen von den strahlenden Häusergiganten der eigentlichen City. Im Norden die ethnischen Wohngebiete vorwiegend europäischer Einwanderer, wo Tschechen neben Deutschen, Deutsche neben Polen hausen, wo es Künstler- und Homosexuellen-Nachbarschaften gibt. Straßen bilden Demarkationslinien und Parks Niemandsland zwischen verschiedenen Welten. Vom melting-pot Amerika ist hier wenig zu sehen. Wenn etwas zusammengefügt wird, dann wird nicht geschmolzen, sondern geschweißt. Und man sieht die Nahte. Im Süden und Südosten der Stadt schließen sich die Negerregionen an, Kulturstätten, wenn auch einer Armutskultur. Mehr und mehr werden die zentralen Regionen einiger Großstädte Amerikas — mit Ausnahme der Geschäftsviertel — zu Armutsinseln und Auffangbecken der aus den ländlichen Armutsgebieten in die Städte geschwemmten Armen. Harlem in New York und South-Side Chicago sind nur Beispiele. Aber selbst der, der Augen hat, zu sehen, wird nur schwer das Elend ermessen können, das sich hinter den Fassaden unscheinbarer Ein- oder Zweifamilienhäuser verbirgt, der wird sich kaum die qualvolle Enge der Wohnblocks in Harlem vorstellen können, von denen ein Bericht der *Civil Rights Commission* im Jahre 1959 sagte:

„Wenn die Bevölkerungsschicht in einigen der schlimmsten Wohnblöcke Harlems auch für das übrige New York gelten würde, dann könnte die gesamte Bevölkerung der Vereinigten Staaten in drei Bezirken von New York untergebracht werden.“

Das Sehvermögen und die Empfindungsfähigkeit, von der Harrington als notwendiger Voraussetzung für eine Änderung der amerikanischen Verhältnisse spricht, ist jedoch ein für die amerikanische Öffentlichkeit irrelevanter Faktor, denn man sieht die Armut nicht. Man realisiert sie nicht, da man sie buchstäblich überfährt. Moderne Highways spannen sich auf Betonstelzen über die Slums der Armen hinweg und hinaus in die Vorstädte und Vororte des Mittelstandes. Schlafsäle (dormitories) der Städte nennt man diese Vorortregionen auch. Schlafsäle, in denen man traumlos schläft, weil alles so öde ist und so langweilig in dem normierten Einerlei der Häusertypen. Oder aber man schlägt breite Schneisen als achtbahnige Schnellstraßen — nachts grell erleuchtet — durch die Armutsviertel, zu schnell, um rechts und links der Fahrbahn die Dunkelheit wahrnehmen zu können. Daneben gibt es einen Typ amerikanischer Vorstädte, über dem ein Duft von Bratäpfeln, eine ständige Weihnachtsstimmung, liegt. Kein Haus gleicht hier dem anderen, und doch sind sie alle gleich; gleich in ihrem ideologischen Hintergrund,

1) M. Harrington: *Das Andere Amerika*, München 1964.

anders sein zu wollen. Säulen, die nichts abzustützen haben, Erker, die niemals einen Raum umschlossen, Stuck und Verzierungen, Veranden in allen vier Himmelsrichtungen, Gatter und Gitter, Türen und Tore, Kamine und nochmals Erker und Säulen, einfach da, ohne Funktion. Nachahmung englischer Parklandschaft und deutschen Gründerstils, eingefangene Spießigkeit und Sehnsucht nach schwedischer Holzhüttenromantik. Eine Welt der Langeweile — Brutstätte von Neurosen und Ideologien.

Diese Welt ist normbestimmend; von ihr und über sie werden die Aussagen zur amerikanischen Gesellschaft gemacht, Aussagen, die davon ausgehen, daß die wahren Probleme der amerikanischen Gesellschaft jene Vorstadtneurosen seien, als Produkt einer vom Überfluß geprägten Kehrseite der Medaille. Selbstbeweihräucherung mit gefährlichen Folgen; denn nicht nur ist diese Aussage falsch, sie ist Beispiel — ein Beispiel von vielen — für die Blickverengung, die die Einschätzung der Situation im anderen Amerika nicht zuläßt, ja geradezu verhindert. Dahinter steckt jene *Naturburschenideologie*, die glauben machen will, daß die Armen zwar Hunger in den Därmen, dafür aber keine psychischen Beschwerden haben. In der Untersuchung „Social Class and Mental Illness“ wird nachgewiesen, daß in der untersten Schicht der Gesellschaft fast dreimal soviel Kranke in psychiatrischer Behandlung sind wie in jeder anderen Klasse. (Zugrunde liegt hier eine Einteilung der amerikanischen Gesellschaft in fünf Klassen, wobei Klasse im Sinne von Schicht verwendet ist.) Berücksichtigt man dabei, daß diese Untersuchung Fälle im Stadium der Behandlung betrifft, dann scheinen die Angaben eher untertrieben. Mitglieder der Oberklasse begreifen seelische Zusammenbrüche und Neurosen als Krankheit und unterziehen sich folglich einer Behandlung, während die Armen dererlei psychische Störungen in einem Großteil der Fälle nicht als Krankheit realisieren. (Wobei die Institution des Psychiaters in Amerika selbst für die Armen eine andere Rolle spielt als beispielsweise in der Bundesrepublik.)

III

Die Wahrnehmung des anderen Amerika durch die an dem meinungsmachenden Mittelstand orientierte Öffentlichkeit schwankt zwischen völliger Verdrängung über rationalisierende Bewußtwerden bis zur Ignoranz. Der Trend in die Vorstädte gilt nur für die jungen, im Produktionsprozeß stehenden Stadtbewohner. Zurück bleiben die *Alten*, deren psychisches wie materielles Schicksal davon abhängt, ob und wie die Verbindung zu den in die Vororte Gezogenen weiterbesteht. Tatsache ist, daß acht Millionen älter amerikanischer Staatsbürger ein Leben in Armut und Einsamkeit führen. Die Alten werden Opfer der Jungen, in einer Gesellschaft, in der Altsein fast schon ein diskriminierender Faktor ist. Der Gedanke an das Alter wird in panischer Angst verdrängt, also auch der Gedanke an die Alten.

So läßt sich sagen, daß die Lebenserwartung — und hier vor allem wieder der Armen — mit steigendem Alter gegen Null geht; Lebenserwartung wörtlich genommen. Die Ironie will es, daß die gleiche Technik, die die Lebensdauer der Menschen verlängert, im gleichen Zuge die Lebenserwartung verringert, da mit steigendem technischen Fortschritt die technische Verwertbarkeit des Menschen, damit dessen Wert, sinkt. Dieses Gesetz ist tief in das • Bewußtsein der amerikanischen Nation eingegraben. Immer wieder weist Harrington auf derartige, von Vorurteilen beeinflusste Bewußtseinsverfassungen hin. Empört zeigt er sich beispielsweise über die Freude, die er fadenscheinig findet, die eine Studie des Arbeitsministeriums im Jahre 1960 auslöste. Dort wurde festgestellt, daß im Jahre 1958 die Löhne der nichtweißen Arbeiter auf 58 vH der weißen angestiegen seien, was, verglichen mit 1939, ein Anstieg von 17 vH bedeutet. Der hierin gesehene — wenn auch langsame — Fortschritt ist typisch für die Bewußtseinslage des weißen Mittelstandes. Man ist dermaßen an die Armut der Farbigen ge-

DER TRAUM VOM AMERIKANISCHEN TRAUM

wöhnt und sieht in ihr eine Selbstverständlichkeit, daß niemandem das Schiefe dieser Relation auffällt, oder wie Harrington es ausdrückt: „Der Neger ist schwarz, weil er arm ist und arm, weil er schwarz ist.“

James Baldwin geht in seiner Interpretation dieser Bewußtseinslage noch weiter. Für ihn ist der Neger in seiner Situation (was heißt: in seiner rassischen und ökonomischen) quasi zur Existenzbedingung des weißen Amerikaners geworden: „Irgendwie sagt uns der Neger, wo der tiefste Punkt ist, weil er sich an diesem Punkt befindet und wo er ist, unter uns, wissen wir, wo die Grenzen sind, und wie tief wir nicht sinken dürfen.“²⁾ Auf der Suche nach dem Status, in dessen Folge sich Statusangst einstellt, wird der Neger somit für den weißen Amerikaner zum Symbol des Bis-hierher-und-nicht-Weiter.

Das Normenbewußtsein des Mittelstandes, der moralische Standard, wird lückenlos auf die Armutskulturen übertragen und spiegelt sich in deren Beurteilung durch den Mittelstand wider. Die bekannteste Version der „sozialen Blindheit“ liest sich etwa so: „Die Armen sind arm, weil sie arbeitsscheu sind. Und sie besitzen doch alle große Autos. Wenn sie so wären, wie ich (oder mein Vater oder mein Großvater), dann könnten sie für sich selbst sorgen. Aber sie leben lieber von der Arbeitslosenunterstützung und betrügen die Steuerzahler.“³⁾ Nicht begriffen hat man, daß sich innerhalb der Gesellschaft eine Kultur herausgebildet hat, die zwar abhängig und bedingt durch das System ist, andererseits aber ein eigenes Normensystem entwickelt hat, das den Grenzen der Subkulturen folgend oft im krassen Gegensatz zur geltenden Norm steht. Bestes Beispiel sind die jugendlichen Gangs, deren Bewußtsein und Verantwortlichkeit sich einzig ableiten lassen aus den existenznotwendigen Gesetzen der Armutskulturen: „... man stellt fest, daß sie gewalttätig sind. Nach den Maßstäben der Mittelklasse sind ihre Mitglieder asozial und psychisch gestört. Aber in einem Elendsviertel sind Gewalttat und Aufruhr oft Lebensnorm und etwas Alltägliches.“⁴⁾

IV

Es liegt auf der Hand, daß die projektierten Maßnahmen, die der Milderung der Armut bzw. deren Aufhebung dienen sollen, unter den geschilderten Bewußtseinsvoraussetzungen derer, die diese Maßnahmen zu treffen hätten, die Gefahr in sich bergen, der Lage der Armen inadäquat zu sein, da sie an anderen Gruppen orientiert sind. Tatsächlich haben die wohlfahrtsstaatlichen Gesetze ihre Wurzel in einer Zeit, deren ökonomische Situation anders gelagert war als heute. Damals war von der Armut ein größerer und soziologisch anderer Teil der Bevölkerung ebenfalls betroffen. In den dreißiger Jahren — Ausgangspunkt der Wohlfahrtsgesetze — war Armut und deren Erfahrung allgemein. Es waren davon Arbeiter wie Angestellte betroffen — beide heute bewußtseinsmäßig dem Mittelstand zuzurechnen — ja, selbst Unternehmer waren — wenn auch nicht physisch — betroffen von der Depression an der Börse. *John Dunlop* von der Harvard University kennzeichnet die damalige Lage, indem er von Massenarbeitslosigkeit spricht, der heute in der Nachkriegszeit eine Klassenarbeitslosigkeit gegenüberstehe (wobei Klasse wiederum im Sinne von Schicht gebraucht ist). Im Falle einer solchen Klassenarbeitslosigkeit tritt, wie Harrington es paradox formulierte, das Gesetz in Kraft, wonach es besser wäre, arm zu sein, wenn, auch alle übrigen arm sind. Die allgemeine Armut macht ihre Aufhebung zu einem allgemeinen Interesse, im Gegensatz zu heute, wo sich die Armen in der Minorität befinden und folglich nicht auf ein allgemeines Interesse rechnen können.

2) James Baldwin: *Nobody knows my name*, New York 1961, S. 111.

3) M. Harrington, S. 19.

4) M. Harrington, S. 124.

Diese Tatsache und ihre politische Tragweite stellen sowohl *Galbraith* in „Gesellschaft im Überfluß“ als auch *Harrington* fest. (Wobei *Harrington* die Zahl der Armen allerdings wesentlich höher ansetzt als *Galbraith* oder sonst irgendein amerikanischer Soziologe, nämlich mit einem Viertel der Bevölkerung. Die Interpretation der Statistiken schwankt zwischen einem Viertel und einem Fünftel der Bevölkerung, wobei ein Streit in *Harringtons* Augen absurd ist, da auch ein Fünftel ein Fünftel zuviel wäre.) „In dem Augenblick, da die Armen sich von einer Majorität zu einer relativen Minorität wandeln, hören sie automatisch auf, den Politiker zu interessieren“⁵⁾, schreibt *Galbraith*, und *Harrington* stellt fest: „Sie sind die ersten Armen, die man nicht mehr sieht, und die ersten Armen, um die sich die Politiker nicht mehr kümmern.“⁶⁾ (Seitdem man sich überhaupt um Arme kümmerte, müßte man hinzufügen, d. h. seit der Zeit, in der die ökonomischen Gesetze der Tauschgesellschaft dem Produktionsfaktor Arbeit eine funktionelle Bedeutung zuklitterten.)

So entsteht die absurde Situation im angeblich pluralistischen System, daß — sollten die „countervailing powers“ sich wirklich in der Balance halten bzw. ausgleichen — diejenigen, deren Stimmen das größte Gewicht haben müßten, da sie ökonomisch am meisten im Nachteil sind, völlig unterrepräsentiert sind, bzw. am anderen Ende des Stranges eine kleine Gruppe überrepräsentiert ist. Das gilt für die ländlichen wie für die städtischen Armen, wobei die Landwirtschaft das beste Beispiel liefert. Gesetzwürfe und hohe Etatposten für die Landwirtschaft lassen in der amerikanischen Öffentlichkeit die Meinung entstehen, es werde sehr viel für die Landwirtschaft getan. Das ist richtig wie falsch, denn nur wenige wissen, wer die Empfänger jener Subventionen sind. Es sind nicht, wie allgemein angenommen, die verarmten Bauern, sondern es ist eine kleine Gruppe von Großfarmern. Das Farm Bureau — Amerikas Bauernverband — ist eine mächtige pressure-group nicht der Bauern schlechthin, sondern nur Repräsentant der reichsten und konservativsten Schicht der amerikanischen Farmer.

Wenn auch die Armut der Ausgangspunkt für die Gesetzgebung des Wohlfahrtsstaates der dreißiger Jahre war, so halfen diese Gesetze damals wie heute am wenigsten den Armen. Betroffen waren lediglich bestimmte Schichten organisierter Arbeiter, reiche Landbewohner und etwa das mittlere Drittel der Stadtbewohner, und zwar einfach deshalb, weil sie die mächtigsten Sprecher hatten. „Wieder einmal stoßen wir auf das kuriose Faktum, daß der Wohlfahrtsstaat am wenigsten denjenigen zugute kommt, die am meisten Hilfe brauchen . . . Hier ist vielleicht die empörendste Statistik dessen zu finden, was in den untersten Gesellschaftsschichten vor sich geht, wie die Armen ständig für die Erbsünde der Armut bestraft werden. Etwa zwei Drittel bis drei Viertel der alten Menschen in Amerika werden von der Sozialversicherung erfaßt; aber von den Ärmsten der Armen, von den Alleinstehenden . . . mit einem Einkommen von weniger als 1000 Dollar, kamen 1957 nur 37 vH in den Genuß einer Rente. . . . Wenn jemand einer äußerst niedrig bezahlten Beschäftigung nachgeht, kann es sein, daß er nicht einmal in den Genuß der Sozialversicherung kommt oder an anderen Wohlfahrtsprogrammen teilhat. Wenn er eine Arbeitslosenunterstützung erhält, so richtet sich deren Höhe nach seinem niedrigsten Lohn, den er vorher erhalten hat.“⁷⁾

Im Bewußtsein der eigenen sozialen Sicherheit glaubt der Mittelstand, diese Sicherheit gelte für die ganze Bevölkerung — also auch für die Armen —, während *Harrington* resümiert, daß in Wirklichkeit die Armen aus dem Wohlfahrtsstaat weniger als jede andere Gruppe in Amerika beziehen. (Was dabei herauskommt, wenn der Mittelstand diese Münze eines Tages einlösen wollte, steht auf einem anderen Blatt.)

5) J. K. Galbraith: Gesellschaft im Überfluß, München/Zürich 1963, S. 286.

6) M. Harrington, S. 15.

7) M. Harrington, S. 105, S. 14.

DER TRAUM VOM AMERIKANISCHEN TRAUM

V

Eine der weitverbreitetsten Mittelstandsempfehlungen an die Adresse der Armen heißt: „Move!“, wandert, sucht euch einen neuen Arbeitsplatz, nötigenfalls in einem anderen Teil des Landes! Gerade in dieser Empfehlung bricht am deutlichsten und krassesten die Ideologie des amerikanischen Traums vom Lande ohne Grenzen durch, das falsche Bewußtsein von den unbegrenzten Möglichkeiten.

Es gibt eine Reihe von Faktoren, die die horizontale oder *Wanderungsmobilität* verhindern, und zwar sind es gerade diejenigen, welche angeblich im ureigensten Interesse der Arbeitnehmer wirksam werden. Betriebliche Sozialmaßnahmen, wie Pensionen u. ä., meist nur halbbezahlte Häuser und Kredite, die bei Arbeitskräftemangel die Funktion haben, den Arbeitnehmer an den Arbeitsplatz zu fesseln, hängen ihm im Falle eines regionalen Arbeitskräfteüberschusses wie ein Klotz am Bein. Man spricht nicht umsonst in diesem Zusammenhang von einem industriellen Feudalismus. Auf der anderen Seite ist die Mobilität der nichtweißen Bevölkerung ungewöhnlich hoch. (Im Jahre 1952 wanderten beinahe zwei Drittel der nichtweißen Amerikaner. Die Mobilitätsrate für die ganze Nation dagegen beträgt 13 vH.) Die dauernde Fluktuation macht es den Gewerkschaften schwer, diese Schicht der Armen zu organisieren, was wiederum bedeutet, daß die Armen auf Vorteile verzichten müssen, die die Gewerkschaften bieten. Diese Rate, die wesentlich höher liegt als etwa in Deutschland, hat, wie *Sombart* bereits 1906 feststellte, für das politische Leben der USA weitreichende Folgen. Sombart kommt zu dem Ergebnis, daß hier eine der Hauptursachen für die geringen Chancen des Sozialismus in den USA liege. Die Bildung solidarischer Gruppen ist bei der Instabilität der Gruppen kaum möglich. Statt dessen lebt man in der Vorstellung, sich früher oder später — zur gegebenen Zeit — den Repressionen der Gesellschaft entziehen zu können. „Man erträgt jede Zwangslage leichter, wenn man wenigstens in dem Wahne lebt, sich ihr im äußersten Falle entziehen zu können.“⁸⁾

Horizontale Mobilität, als Wanderung ohne Auf- und Abstieg, ist jedoch lediglich die Folge einer intendierten *vertikalen Mobilität* (wenn man nicht gerade eine neue Villa am Strand von Florida oder Kalifornien beziehen will). Hier jedoch muß gerade der mobilste Teil der amerikanischen Bevölkerung — die Nichtweißen — die bittersten Erfahrungen sammeln. Der soziale Aufstieg, von allen erhofft, ist nur wenigen möglich. Der amerikanische Traum erweist sich, wieder einmal mehr, als Traum: „Die Vereinigten Staaten liegen nicht erkennbar höher in der Bewegung von manuellen zu nicht-manuellen Ebenen als einige andere industrielle Nationen.“⁹⁾ So wandern die Armen von einer -Armutskultur in eine andere. Besonders betroffen sind hiervon diejenigen Neger, die aus den ländlichen Slums des Südens in die Ghettos des Nordens ziehen. Dort treffen sie auf einen Stamm von Bewohnern, der teilweise in völlig resignativer Haltung verharret. Waren es früher die Einwanderer, die nach oft langer und schließlich vergeblicher Arbeit in den Slums versanken, so zeigt sich heute, daß Armut sich aus Armut rekrutiert. Mit anderen Worten: Die Hälfte der dreißig Millionen Slumbewohner wohnt dort bereits in der zweiten Generation. Die Zukunft der Kinder der dritten Generation aber liegt wieder in den Slums.

Natürlich ist man bei allen Maßnahmen bemüht, die Armut zunächst an ihren sichtbarsten Stellen zu beseitigen. Aber die angebotenen Sanierungen bergen in sich bereits den Keim zu neuen Problemen, da viele diskriminierend sind. Wo immer mehrere Arme zusammenwohnen, entsteht um sie der unsichtbare Wall eines Ghettos. Dabei gibt es, rassistisch gemischte Ghettos, in denen so etwas wie Integration herrscht, wenn auch unfreiwillig und am Boden der Gesellschaft. Diese Mauern schließen die Armen nicht nur

8) W. Sombart: Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?, Tübingen 1906, S. 140.

9) Miller: Comparative Social Mobility, in Current Sociology IX/1, 1960, S. 31.

räumlich ab, sondern sie sind gleichzeitig Abwehrmauern gegen jeden Fortschritt, da sie die Chancenungleichheit verstärken. (Die Verhältnisse an den Schulen dieser Wohngebiete beispielsweise sind katastrophal.) Diskriminiert werden die Armen hier als Arme, da sie von der übrigen Gesellschaft separiert sind. Die zweite Sanierungsmaßnahme läßt an der gleichen Stelle eines Rassenghetto alte Häuser abreißen und neue errichten. Die Slumhäuser fallen, Mietskasernen entstehen (über deren Problematik hier nicht gesprochen werden kann), das Ghetto und damit die Diskriminierung bleibt.

VI

Die Antrittsrede *Johnsons* zeigte eindeutig einen Rückzug in die Innenpolitik. Daß er mit der Proklamation der „great Society“ bereits wieder an einer neuen Ideologie webt, sei hier unberücksichtigt. Die Wellen beginnen zurückzuschlagen, Amerika droht Opfer der von seiner eigenen Propaganda verbreiteten Ideologie zu werden. Die Armut im Lande ist außenpolitisch zu einer Prestigefrage, innenpolitisch zu einem Explosivstoff ersten Ranges geworden. Am deutlichsten zeichnet sich das an der Entwicklung der *Negerbewegung* ab, die sich immer mehr zu einer Armenbewegung wandelt. Aus der mittelständisch religiösen Bewegung des Anfangs hat sich etwas entwickelt, das *H. Zinn*¹⁰⁾ eine „revolution beyond race“ nennt. Die industrielle Reservearmee — gebildet aus Neger, Puerto-Ricanern und anderen Farbigen — stellt auch für die armen Weißen eine Bedrohung dar. Das haben einige Gewerkschaftsführer erkannt, die sehen, daß die „poor whites“ der potentielle Alliierte der Neger und aller anderen Armen der Gesellschaft sind.

Innerhalb der einflußreichsten Gruppen der Neberbewegung, hier vor allem unter den Studenten, setzt sich das Bewußtsein durch, daß mit der „Macht der Liebe“ ein gesellschaftliches System und die Situation der Neger nicht zu ändern ist. Damit gehen sie auch weiter als beispielsweise *Harrington*, für den Armut ein Problem des „Sehvermögens und der Empfindungsfähigkeit“ ist, und dessen Lösungsvorschläge stark von der katholischen Soziallehre beeinflußt zu sein scheinen. Die Diskussionen unter den Negerführern gehen in des Wortes wahrstem Sinne an die Basis. Ökonomische Fragen, Probleme der Wirtschaftsverfassung, drängen sich immer mehr in den Vordergrund. Die Aufgeklärten unter den Negern sehen, daß mit dem geforderten Wahlrecht für die Neger Mississippis nichts erreicht ist, denn dort, wo der Neger Wahlrecht hat, im Norden, ist seine ökonomische Situation nicht anders als im Süden. Selbst *Martin Luther King*, Repräsentant des um Integration und Anerkennung kämpfenden Negermittlerstandes, wird von diesem Trend erfaßt. Auf einer Versammlung streikender Arbeiter erklärte er: „Gemeinsam mit dem Kampf für Desegregation müssen wir uns auch engagieren im Kampf um Jobs ... Das gleiche System, das den Neger ausbeutet, beutet auch das weiße Proletariat (poor whites) aus.“¹¹⁾

Eine der möglichen Antworten im „Kampf gegen die Armut“ ist der *Heimatentwicklungsdienst*, das domestic peace corps, das *Shriver* untersteht, wie der überseeische Entwicklungsdienst, das peace corps. *Shriver* selbst beurteilt die Aussichten jedoch als sehr bescheiden: „Ich möchte nicht, daß irgend jemand auf die Idee kommt, daß man mit 500 Millionen Dollar hier in Washington darangehen kann, das Problem der Armut in diesem Lande zu kurieren. Niemand kann so etwas denken. Aber wir können etwas tun.“¹²⁾ Niemand in Amerika, der sich auch nur etwas mit der Armut des Landes beschäftigt hat, wird in der Tat auf die Idee kommen, daß man mit diesen Beträgen viel tun könne.

10) Howard Zinn: *The New Abolitionists*, Boston 1964.

11) *New York Times* vom 21. Dezember 1964.

12) *Newsweek* vom 17. Februar 1964.

Regio Basiliensis - Ein Europamodell

Wer heute von „Europa“ spricht, meint die EWG oder jedenfalls europäische Integrationspläne wirtschaftlichen oder politischen Charakters, die letztlich getragen sind — oder sein sollten — vom Gedanken eines föderalistisch aufgebauten europäischen Bundesstaates. Und wer die Geschichte der EWG und dieser Integrationspläne kennt, der weiß, daß sie aus einem rein politischen Willen entstanden sind: unter dem nachwirkenden Schock der beiden von und in Europa angezettelten Weltkriege gelangten viele der Besten in Deutschland, Frankreich, Italien und anderen europäischen Staaten zu der Einsicht, daß der mörderische europäische Nationalismus ein für allemal überwunden und durch ein neues politisches System ersetzt werden müsse, das Europa im Innern den Frieden garantiert und damit auch die dauernde Gefährdung des Weltfriedens durch Europa beseitigt.

Aber je weiter man sich zeitlich vom „Victory-day“ — der für Deutschland der Tag des totalen Zusammenbruchs seines hypernationalistischen Reichsgedankens und der Tag der Spaltung war — entfernte, um so mehr erlahmte dieser europäischer Elan, um so mehr begannen sich allerorten wieder die unheimlichen Gespenster des alten Nationalismus mit ihren Höllenfratzen der politischen Schalthebel zu bemächtigen. Zwanzig Jahre nach Kriegsende tritt Europa an Ort und man muß es bereits als großen Erfolg feiern, daß es nicht rechtsumkehrt macht und fahnenflüchtig wird.

In dieser wenig ermutigenden Situation stellt sich die Frage: Kann man die europäische Idee wirklich nur mit den bisher angewandten politischen Mitteln verwirklichen, gibt es nicht vielleicht auch noch andere Möglichkeiten — nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung —, etwas für „Europa“ zu tun, Möglichkeiten unpolitischer Art, die sich vielleicht eher realisieren ließen? Wenn der Aufbau Europas von „oben“ her auf solche Schwierigkeiten stößt — kann man nicht auch einmal den Versuch unternehmen, etwas von „unten“ her zu diesem Aufbau beizutragen? Wenn den Regierungen der Atem ausgeht, können nicht die Völker selbst in die Speichen greifen? Wenn die politische Idee allenthalben immer mehr an Kurswert verliert und an der Europabörse nur noch Getreidepreise kotiert werden — kann man nicht einmal ganz nüchtern von gewissen regionalen Notwendigkeiten ausgehen, die es als wünschenswert erscheinen lassen, auf einem eng begrenzten Gebiet ein unpolitisches, anspruchsloses *Europamodell im Kleinen* aufzubauen? Könnten von einem solchen Modell nicht neue Impulse ausgehen, vor allem wenn das Experiment an mehreren Orten unternommen würde?

Von der Idee eines solchen Europamodells soll nun hier die Rede sein. Das Kind hat bereits einen Namen, es nennt sich *Regio Basiliensis*, und wenn nicht alles trügt, wird man in Zukunft einiges von ihm hören. Ihm zu Gevatter stand tatsächlich eine Notwendigkeit, die man den Nicht-Baslern zunächst wohl etwas erläutern muß.

Die Stadt Basel ist trotz ihrer relativ bescheidenen Einwohnerzahl eine hochindustrialisierte europäische Großstadt und ein Kultur- und Bildungszentrum von Weltrang dazu. Geistig, politisch, wirtschaftlich wäre sie dazu bestimmt, Zentrum, Anziehungs- und Ausstrahlungspunkt eines relativ großen Gebietes vom Ausmaß mindestens eines großen Schweizer Kantons zu sein. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus: der Kanton Basel-Land reicht fast bis mitten in die Stadt Basel hinein, und gar mancher wohnt heute in „Basel“, muß aber seine Steuern in Liestal bezahlen und hat in bezug auf Schulen, Spitäler usw. oft seine liebe Not mit dieser kantonalen Schizophrenie; zehn Autominuten von Basel entfernt hat es mehrere solothurnische Enklaven; 15 Autominuten entfernt beginnt der Kanton Bern, in einer anderen Richtung der Kanton Aargau; im Nordwesten reicht Frankreich bis in die Stadt Basel hinein; der Basler Flugplatz liegt auf französischem Boden: manche Basler haben ihr Wochenendhäuschen im Elsaß; im Norden und

Nordosten stoßen die Basler nach wenigen Minuten an die deutsche Grenze. Abstrahiert man einmal vom Politischen, so erscheinen die kantonalen und nationalen Grenzen, die Basel einschnüren, wie ein allzu enges Korsett, als etwas Unnatürliches, Widervernünftiges.

;

Doch wer etwas in der Geschichte blättert, der entdeckt, daß das keineswegs immer so war. Das berühmte Fürstbistum Basel, von dem im Jurakonflikt so viel die Rede ist, hat einmal eine — auch politische — Einheit dargestellt, die weit über die heutigen Grenzen Basels hinausreichte, bis Colmar und Breisach etwa, und der Sundgau galt einst als die Kornkammer und der Weinkeller Basels. Das Gebiet zwischen Jura, Vogesen und Schwarzwald stellt eine geographische Einheit dar, die auf gewisse historische Gemeinsamkeiten zurückblicken kann und in deren Grenzen seit Kriegsende wieder ein gewisser — unpolitischer — Prozeß einer Verflechtung zu erkennen ist. (Die teilweise starken politisch-psychologischen Widerstände gegen eine solche Entwicklung — man denke etwa an das „kühle“ Verhältnis der Basler zu „den Deutschen“ oder an gewisse begriffliche Ressentiments der nachbarlichen Völkergruppen gegenüber dem „Kriegsgewinnler“ Schweiz — sollen dabei keineswegs unterschätzt werden.) Genauer handelt es sich um ein Gebiet, das auf schweizerischer Seite die beiden Basler Halbkantone, das aargauische Rheintal und die auf der Nordseite des Jura gelegenen Teile und Enklaven Solothurns und Berns, auf französischer Seite das Elsaß bis etwa Straßburg und auf deutscher Seite Südbaden bis etwa Freiburg i. Br. umfaßt.

Der Initiative einiger jüngerer Basler aus Kreisen der Wirtschaft, der Universität, der freien Berufe usw. ist es zu verdanken, daß im Frühjahr 1963 eine *Arbeitsgemeinschaft Regio Basiliensis* gegründet wurde, die sich „die Planung und Förderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung“ dieses Gebietes zum Ziele setzt und „die Grenzen zwischen den verschiedenen Teilgebieten (der Region), soweit sie einen wirtschaftlichen und sozialpsychologischen Faktor darstellen“, eibnen will. Man ging dabei von der Überlegung aus, daß sich in peripheren Gebieten wie demjenigen der Region zwischen Jura, Vogesen und Schwarzwald eine koordinierte Raumplanung auf lange Sicht aufdränge, da sonst „die Gefahr großer Fehlinvestitionen, eines Zusammenbruchs der Infrastruktur und schwerer sozialer Mißstände“ entstünde. Dies gelte ganz besonders für den Raum der „Regio Basiliensis“, der „im Vergleich zu den übrigen wirtschaftlichen Ballungsräumen in Europa heute zu einem wesentlichen Teil noch kaum entwickelt“ sei.

Die im Entstehen begriffene schweizerische Landesplanung lasse zudem die Tendenz erkennen, sich weitgehend auf das Mittelland zu konzentrieren und die Gebiete nördlich des Jura und südlich der Alpen teilweise zu vernachlässigen. Vor allem will man sich auch Gedanken machen über die Situation und die Rolle der Region Basel in einem integrierten Europa. Zur finanziellen Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft „Regio Basiliensis“ wurde eine „Gesellschaft zur Förderung der Arbeitsgruppe Regio Basiliensis“ gegründet, wobei man als Präsidenten Dr. S. Schweizer, Präsident des Schweizerischen Bankvereins, und als Vizepräsidenten den baselstädtischen sozialdemokratischen Regierungsrat Dr. E. Wyss wählte. Im Augenblick stehen jährlich 100 000 Franken zur Verfügung, die zu 60 vH von der Privatwirtschaft und zu 40 vH von den beiden Basler Halbkantonen aufgebracht werden. Auch hat die „Regio“ bereits ein ständiges Sekretariat mit einem vollamtlichen Geschäftsleiter eingerichtet.

Auf einer ersten größeren Arbeitstagung im Sommer 1963 in Bad Schauenburg, an der Persönlichkeiten aus den französischen, deutschen und schweizerischen Gebieten der „Regio“ teilnahmen, diskutierte man ausgiebig über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der geplanten supranationalen Zusammenarbeit und über die ersten konkreten Arbeiten, die man in Angriff nehmen will. Dabei ergab sich als eine grundsätzliche Schwierigkeit die Tatsache, daß das Elsaß und der Breisgau auf dem Gebiet der Regionalplanung der Schweiz um Jahre voraus sind, so daß die Schweizer Seite sich in Sachen Grundlagenforschung zunächst einmal gewaltig ins Zeug legen muß.

Der Basler Architekt, Schriftsteller und „Werk“-Redaktor Dr. *Lucius Burckhardt* hielt auf dieser Tagung ein Referat, dem insofern grundsätzliche Bedeutung zukommt, als es auf geistvolle Weise Notwendigkeit, Möglichkeiten und Gefahren einer solchen Regionalplanung aus der Sicht eines anerkannten „Fachmanns“ darzustellen versuchte. Burckhardt meinte, was vor allem in der Schweiz noch fehle, sei der Regionalplaner im engeren Sinne, „ein Mann, der etwas von Geographie versteht, im übrigen eine nationalökonomische Ausbildung braucht und vor allem Statistik und die modernen Rechenmethoden beherrschen sollte“. Was bisher in der Schweiz Regionalplanung genannt worden sei, habe — mit Ausnahme des Raumes Zürich — mit der Vorbereitung einer höheren Organisationsform eines großen zukünftigen Wirtschaftsgebietes recht wenig zu tun.

Aber gleichzeitig ging es Burckhardt darum, „die Vorstellung zu vermeiden, daß Regionalplanung einen Plan erstelle, den unsere Region anzusteuern habe. Es gibt für uns keinen optimalen Plan, der an einem bestimmten Tage einem ‚Bauführer‘ zur Ausführung ausgehändigt werden kann. Planen ist vielmehr ein Prozeß, der die Entwicklung stets begleitet.“ Planung bestehe in ständiger Selbstkorrektur, und parallel mit dem Vorantreiben der Planung müsse das Bewußtsein für die Einheit der Region entwickelt werden. „In Wirklichkeit gibt es keinen Tag X, an welchem die Grenzen fallen, sondern die Erreichung einer Einheit der Region ist identisch mit dem fortschreitenden Planungsprozeß selbst und mit der Integration über einzelne Zweckverbände zu einem Regionalverband.“ Diesem „apolitischen regionalen Zweckverband“ stellte Burckhardt die Aufgabe, sich mit Schulproblemen, Sanitätsproblemen, Verkehrsproblemen, kulturellen Fragen usw. zu befassen.

Über die bisherige Tätigkeit der „Regio Basiliensis“ kann hier nur stichwortartig berichtet werden. Als entscheidend wichtig erscheint zunächst die Tatsache, daß man nicht nur begonnen hat, untereinander Kontakt zu nehmen, sondern daß auch diese Kontakte bereits „geplant“ werden.

Vom 22. bis 25. September 1965 findet, organisiert von der Basler Arbeitsgruppe „Regio Basiliensis“, eine weitere „Internationale Tagung für Stadt- und Regionalplanung“ statt. In der orientierenden Einladung heißt es dazu: „Die Wandlungen des Industriezeitalters und ihre Folgen für die Bevölkerung — Änderung der Berufsstruktur, Pendelverkehr, gesteigerte Kooperation der Wirtschaft, erhöhter Lebensstandard, wachsende Wahlfreiheit des einzelnen, Erholungs- und Freizeitverkehr — ergeben ein neues Grundmuster der Besiedlung, dessen Einheit weder das Dorf noch die Stadt ist, sondern die Region. Die Erforschung der natürlichen Dynamik, die sinnvolle Planung und die politische Beschlußfassung im Rahmen der Region sollen an dieser Tagung durch Referate und Diskussionen berufener Fachleute dargestellt werden.“ Man will dazu führende Persönlichkeiten der Planung, der Politik und der Wissenschaft einladen, und zwar nicht nur aus den drei Regio-Ländern, sondern auch aus Amerika, England, Holland und Österreich. Gleichzeitig will man eine Ausstellung organisieren, die die an der Tagung behandelten Probleme veranschaulichen und bereits im Gang befindliche Planungen bildhaft darstellen soll.

Was weiter die besonders die Schweiz betreffenden Probleme der „Regio“ anbelangt, so erkannte man, daß zunächst einmal eine intensive Grundlagenforschung betrieben werden müsse, da die Schweiz auf diesem Gebiet gegenüber Deutschland und Frankreich teilweise bedenklich im Rückstand ist oder überhaupt noch nichts getan hat. Zu diesem Zwecke ist man darangegangen, einen *Strukturatlas der Region* herzustellen. Der Basler Große Rat hat dafür bereits einen Kredit von 200 000 Fr. bewilligt. Das Geographische Institut der Universität Basel unter der Leitung von Prof. *H. Annaheim* stellt diesen Atlas in Zusammenarbeit mit einer besonderen Atlaskommission der „Regio“ unter Leitung von Dr. Lucius Burckhardt her. Von den insgesamt 80 Karten ist bereits etwa die Hälfte vorbereitet.

Große Bedeutung mißt man weiter der *soziologischen Meinungsforschung* zu. Bereits hat man eine große Umfrage durchgeführt, die ergeben soll, was die Elsässer von den Baslern, die Basler von den Badensern usw. halten und wie sich die Bevölkerung zum Gedanken der „Regio“ verhält. Diskutiert werden in verschiedenen Kommissionen schließlich das Problem eines internationalen „Marche Gare“ (Märkte-Bahnhof) und einer „Gare Routière“ (Überlandstraßen-Bahnhof), die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Basel, Freiburg i. Br. und Straßburg/Mülhausen, die Schaffung einer „Europa-Schule“ für den Raum der „Regio“ nach dem Vorbild der bekannten Europaschulen in Brüssel, Mol, Varese, Karlsruhe und Luxemburg, die Schaffung eines „Dreiländerflugplatzes“ für das Gebiet der „Regio“, verschiedene Verkehrsprobleme, ein gemeinsames Programm zur Luft- und Gewässeruntersuchung usw.

Es ist nicht erstaunlich, daß der Gedanke der „Regio“ vor allem bei der akademischen Jugend zündet. So haben sich zu Beginn dieses Jahres *Vertreter der Studentenschaften der Universitäten Straßburg, Freiburg und Basel* zusammengefunden, um über die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zu diskutieren. Man beschloß dabei, ein gemeinsames Komitee zu bilden, das diese Zusammenarbeit anbahnen, gemeinsame Veranstaltungen organisieren und einem Ausbau der gegenseitigen Kontakte dienen soll.

Am 8. und 9. Mai fand in Basel eine erste regionale Arbeitstagung der drei Studentenschaften statt, und zwar in Form eines „Wochenendseminars“ über das Thema „Verantwortung und Freiheit der Presse“. Diesem ersten konkreten Versuch, den Regio-Gedanken zu verwirklichen, war ein voller Erfolg beschieden. Vor etwa achtzig Studenten aus Freiburg, Straßburg und Basel referierten Theoretiker und Praktiker der Pressefreiheit über Fragen wie „Was macht die Presse mit ihrer Freiheit?“, „Die Unabhängigkeit der Presse und die Gewalten“, „Die Verantwortung der Presse“ usw. Aus Frankreich waren *Hubert Beuve-Mery*, der Direktor von *Le Monde*, und Prof. *Jacques Leautey*, Direktor des Instituts für Journalismus der Universität Straßburg erschienen. Deutschland war vertreten durch Prof. *Peter Schneider* aus Mainz — freilich ein Schweizer, aber die Atmosphäre auf dieser Tagung war so europäisch, daß das Nationale kaum mehr spürbar war — und Dr. *Peter Hemmerich* — Mitarbeiter der *Zeit* und Dozent in Basel —, die Schweiz durch Prof. *Carl Ludwig* und den Chefredakteur der „Basler Nachrichten“ *Peter Dürrenmatt*. Referate und Diskussionen ergaben, daß die drei Länder in Sachen Pressewesen einerseits viel Gemeinsames, andererseits aber auch Verschiedenheiten aufzuweisen haben. Als besondere Gefahr für die Zukunft der Pressefreiheit wurde allgemein die zunehmende Konzentration im Pressewesen — Springer-Konzern in Deutschland, „Oligopole“ der großen Pariser Zeitungen in Frankreich — und die Massenbeeinflussung durch eine Sensationspresse à la *Bild*, *Blick* und Pariser Boulevardpresse empfunden. Ausgiebig wurde auch die Frage diskutiert, ob man nicht gesetzliche Maßnahmen ergreifen könne, um die Konzernbildung im Pressewesen zu verunmöglichen oder zumindest in erträglichem Rahmen zu halten. Vor allem aber ergab diese Tagung, wie wichtig es ist, solche Fragen auf europäischer Ebene zu diskutieren, um von den Erfahrungen oder Experimenten der anderen lernen zu können.

Was die Zukunft anbelangt, so planen die „Regio“-Studentenschaften bereits weitere Arbeitseminare über juristisch-politische, historische, literarische und naturwissenschaftliche Fragen. Falls dieser Aktion Erfolg beschieden ist, könnte sie Wesentliches dazu beitragen, dem Gedanken der „Regio“ eine Zukunft zu sichern, ist doch die akademische Jugend in besonderem Maße bestimmt, diese Zukunft einmal zu gestalten.

Wenn man bedenkt, daß die „Regio“ *ein Gebiet mit ungefähr 1100 Gemeinden und zwei Millionen Einwohnern* umfaßt, erhält man eine Vorstellung von der Bedeutung dieses Projektes, allerdings auch von den Schwierigkeiten, denen es begegnet. Aber der Gedanke hat etwas Faszinierendes. Nur nebenbei sei erwähnt, daß die Idee der „Regio“ nicht nur bereits auch an anderen Orten gezündet hat — man spricht zum Beispiel auch schon von einer „Regio Genovensis“, da Genf ja mit ganz ähnlichen Problemen zu kämpfen hat wie Basel —, sondern daß diese Idee vielleicht sogar einen Ausweg aus gewissen politischen Schwierigkeiten oder Sackgassen wie etwa dem Problem der Basler Wiedervereinigung oder dem Jura-Problem weisen könnte. Vor allem aber erscheint es als we-

sentlich, daß hier zum erstenmal ein Versuch unternommen wird, wirklich europäisch zu denken und zu handeln und auf undoktrinäre, ja eigentlich unpolitische Weise auf einem regionalen Gebiet ein Stück europäischer „Integration“ zu verwirklichen.

„Wirklich europäisch zu denken und zu handeln“ — das enthält allerdings vor allem für die Basler eine Verpflichtung. Denn die „Regio“ würde ihr Ziel verfehlen, ja wäre vom Anfang an zum Mißerfolg verurteilt, würde sie von Basel nur als ein Mittel aufgefaßt, sich selbst mehr Lebens- und Aktionsraum zu verschaffen. Gewiß nimmt Basel innerhalb der „Regio“ den Platz einer Art Hauptstadt ein, den ihm niemand streitig machen kann. Aber Basel wird nicht nur nehmen können, sondern auch geben müssen. Es wird vielleicht zu einer gewissen Arbeitsteilung zwischen den Städten der „Regio“ kommen. Auch von der „Regio“ gilt, was von der Idee eines gesamteuropäischen Zusammenschlusses gesagt wurde: die „Regio“ wird föderalistisch sein oder sie wird nicht sein. Die Probleme, mit denen Europa im Großen zu kämpfen hat, werden sich — ihrer wesentlich unpolitischen Gestalt wegen allerdings in wohl gemilderter Form — auch innerhalb der „Regio“ stellen.

Aber wenn diese „Regio“ so etwas wie ein Europamodell sein oder werden will, dann ist das zu begrüßen, denn man würde dann Gelegenheit erhalten, hier im Kleinen zu lernen, was vielleicht eines Tages im Großen von Nutzen sein könnte. Und vor allem: die Idee der „Regio“ ist endlich einmal ein Gedanke, der in die Zukunft weist und der die Probleme unserer Gegenwart nicht mit den Mitteln von gestern und vorgestern, sondern aus der Sicht der Zukunft zu lösen versucht. Allein das schon ist Grund genug, sich mit diesem Projekt zu befassen und zu befreunden.

RICHARD SCHMID

Zum Thema „Freiheitsstrafe“

Jiin Buch, ein Roman, hat die Diskussion über die Freiheitsstrafe und ihren Vollzug wieder belebt. Ich meine den Roman von *Henry Jaeger*, „Die bestrafte Zeit“,¹⁾ der die Straftat seines Helden Labitzke, eines Kassenräubers und Einbrechers, in der Strafanstalt Saalbruch schildert. In dem Buch steckt viel Autobiographisches. Der Held bezieht seine Erlebnisse, die inneren und die äußeren, und seinen Standort vom Autor selber. Der hat dabei von seinem guten Recht Gebrauch gemacht, die Darstellung auf den Effekt hin zu verändern und zu akzentuieren. In einer Vorbemerkung salviert er sich ausdrücklich dagegen, daß man seine Schilderung als Tatsachenbehauptung nehme; man kann sich deshalb die Erörterung sparen, was Wahrheit und was Dichtung ist. Soviel ich weiß, will der Autor einiges nur „symbolisch“ gemeint haben.

Der Wert des Buches wird in erster Linie davon abhängen, inwieweit die Schilderung zwar nicht wahr im buchstäblich faktischen Sinne, aber wahrhaftig ist. Das kann man mit gewissen Einschränkungen behaupten, wobei die besten Parteien verständlicherweise die sind, wo die subjektive Seite des Hafterlebnisses und die unmittelbare Umwelt des Häftlings geschildert wird. Hier ist das Buch wahrhaftig und glaubwürdig. Mit der literarischen Qualität des Buches will ich mich aber nicht befassen, sondern mit dem Licht, das es auf das leidige Problem der Freiheitsstrafe wirft.

Wichtig und willkommen scheint mir vor allem von einem solch lebhaften Geist, von einem solch intelligenten, aufnahme- und ausdrucksfähigen Menschen, wie Jaeger einer ist,

1) Verlag Kurt Desch, München 1965. Vgl. auch die Besprechung in GM 5/1965, S. 316.

eine Darstellung der Gefängnishaft aus der *Perspektive des Gefangenen*, von der Zelle aus. Haftdarstellungen von *politischen* Häftlingen gibt es viele. Aber deren Situation und deren Verhältnis zur Umwelt, zu ihrer Vergangenheit und Zukunft, ist ein ganz anderes als das des *gewöhnlichen Kriminellen*, und längst nicht so schlüssig für die Kardinalfrage, welchen Sinn die Freiheitsstrafe, so wie sie bei uns vollzogen wird, im Verhältnis zur Kriminalität hat. Nicht nur welchen Sinn, sondern ob sie überhaupt einen Sinn hat. Dieser Komplex peinlicher Probleme wird bei uns gern unter den Teppich geschoben, wie die Amerikaner so anschaulich sagen.

Vor mehreren Jahren stand einmal in der Regierungserklärung eines deutschen Bundeslands, daß die Regierung zwar der Strafrechtspflege und dem Strafvollzug ihre Aufmerksamkeit schenken werde, daß sie aber der Meinung sei, daß die staatlichen Mittel in erster Linie der gesetzestreuenden Bevölkerung zugute kommen sollten. Das ist so ungefähr, wie wenn ein Oberbürgermeister bei einer Etatrede sagen wollte, er sei der Meinung, daß die städtischen Mittel in erster Linie für die Gesunden, und erst danach für die Kranken verwendet werden sollten — also Sportstadion vor Krankenhaus. Man wende nicht dagegen ein, die Kriminellen seien an ihrem Schicksal schuld und die Kranken nicht. Es steht fest, daß viele Straffällige durch Veranlagung und Vererbung, durch unglückliche Umstände, wie Elternlosigkeit, Krieg, Entwurzelung, auf die schiefe Bahn geraten sind; und wer will andererseits bestreiten, daß viele Kranke sich ihre Krankheit durch schlechte Lebensführung zugezogen haben? Außerdem steht speziell uns Deutschen das moralische Verdammungsurteil, die pharisäische Haltung gegenüber den Kriminellen besonders schlecht an, da doch ein sehr großer Teil des deutschen Volkes in den Jahren vor und nach 1933 einer ausgesprochen kriminellen Bande Beihilfe geleistet hat. Deshalb ist es auch so ärgerlich, immer wieder feststellen zu müssen, daß Kommunal- und Landespolitiker dagegen agieren und agitieren, daß Anstalten des Strafvollzugs in ihre Bezirke oder Gemeinden gelegt werden — eine ganz inferiore Interessenpolitik und dabei so ganz unchristlich.

Um auf den Roman zurückzukommen: Das Buch kann vielen zu der Erkenntnis verhelfen — die viele Sachkundige allerdings schon lange verfechten —, daß die Freiheitsstrafe so, wie wir sie verhängen und vollziehen, ein ganz ungeeignetes Mittel der Verbrechensbekämpfung ist. Nun gibt es zwar Leute, die glauben, sich darum nicht kümmern zu müssen, und die in der Gefängnisstrafe einfach das Übel sehen, das das mit der Straftat begangene Übel ausgleiche oder das durch das Unrecht verletzte Recht wieder herstelle.

Ich gestehe, daß ich mir darunter nichts vorstellen kann. Wird denn wirklich mit der Gefängnisstrafe etwas ausgeglichen oder wiederhergestellt? Daß man seit Wegfall der Körperstrafen und der Todesstrafe (die früher ja auch für mittlere und sogar kleine Delikte im Schwange war) einfach nichts anderes weiß als die Freiheitsstrafe, ist eine magere Begründung und enthebt uns vor allem nicht der Verpflichtung, dieser Strafe einen Sinn zu geben. Und ferner: Woher nehmen wir den Maßstab, das Übel einer Straftat in Zeit zu bemessen und auszudrücken? Für die Bemessung der Schuld, die uns ganz verborgene Wurzeln, wer weiß wo, hat, fehlt uns jeder sichere Anhaltspunkt. Deshalb ist die moderne Menschheit von dem für uns inhaltsleer gewordenen Vergeltungs- und Ausgleichsstandpunkt abgekommen; sie möchte der Strafe einen rationalen Sinn geben, nämlich die Verbrechensbekämpfung. Der besteht vor allem darin, den Täter vom Wege des Verbrechens abzubringen, oder, wie man sagt, ihn zu resozialisieren, und in Fällen, wo das nicht möglich erscheint, ihm die Möglichkeit zu weiteren Verbrechen zu nehmen. Schließlich noch, andere mögliche Täter von Verbrechen abzuschrecken. Das Letztere ist die sogenannte Generalprävention, die für gewisse Kategorien der Kriminalität ihren guten Sinn hat und unentbehrlich ist. Aber wie gesagt, einen vernünftigen Sinn muß die Freiheitsstrafe haben.

Hat sie diesen Sinn bei den Tätern, die in der Hauptsache unsere Gefängnisse füllen, also bei denen, die einige Monate oder Jahre zu verbüßen haben, und bei denen nicht feststeht, daß sie schlechtweg unverbesserlich sind? Je mehr man sich mit den Fakten beschäftigt, um so mehr kommt man zu der Verneinung dieser Frage, ja gar zu der Vermutung, daß die Haft negativ wirkt und daß mancher erst durch die Haft unverbesserlich wird. Die Strafjustiz wäre demnach einem Arzt zu vergleichen, der eine Arznei verschreibt, ohne die Konstitution des Patienten und die Wirkung der Arznei zu kennen. Daß mancher diese Kur übersteht, ist nicht das Verdienst des Arztes; es beweist nur die Widerstandskräfte des Patienten, wie sie etwa im Fall des Strafgefangenen Jaeger vorhanden waren. Sein Buch und seine Begabung bezeugen geistige Widerstandskräfte, die nur wenige haben werden. Auch scheint bei ihm speziell, was ich rühmend bemerken will, einige Vernunft und Einsicht bei der Anwendung des Mittels gewaltet zu haben.

Aus dem, was uns seine Erzählung lehrt, will ich nur einige Punkte herausgreifen.

Besonders anschaulich und glaubhaft wird in der Jaegerschen Schilderung folgendes unlösbares Dilemma: Wird der Gefangene isoliert, so ist er, Hirngespinsten und Phantasien, Hypochondrien, Depressionen und Minderwertigkeitsgefühlen, Anwandlungen von Größenwahn und Selbstmitleid, Vorstellungen der albernsten und unrealsten Sorte ausgeliefert, Zuständen, die sich bei Leuten, die in normalem Kontakt und unter der Kontrolle der familiären oder beruflichen Umwelt stehen, nicht halten können. Sein armer Geist ergreift die Flucht in eine fiktive Welt, da ihm die reale Welt verschlossen oder nicht erträglich ist. Wird er aber nicht isoliert, so wirkt dieser Kontakt mit Mitgefangenen oft rein negativ, nicht nur, weil es sich bei seinen Genossen auch um schadhafte Menschen handelt, sondern, weil der Druck und die Überwachung naturgemäß eine gemeinsame Front der Feindschaft gegen die bedrückende Obrigkeit erzeugt.

Überhaupt ist es so eine Sache mit dem Prinzip der „Ordnung und Sicherheit“, das, von den Beamten aus gesehen, das alles beherrschende Gesetz des Anstaltsbetriebs ist. Es ist so, daß, je musterhafter die äußere Ruhe und Ordnung ist, die der Aufsichtsbeamte in seinem Dienstbereich, in den Gängen und Flügeln des Gebäudes herstellt und schätzt, um so größer die innere, angestaute chaotische Unruhe und Unordnung im moralischen und geistigen Leben der Zelleninsassen. Um so größer auch der menschliche Abstand zwischen den Bewachern und den Bewachten und um so geringer die Möglichkeit der Einwirkung auf die letzteren. Es ist eine Illusion, mit dem Prinzip des autoritären Zwangs und der Unterdrückung jeder Spontaneität andere Wirkungen zu erzielen als Gegnerschaft, Heuchelei, Überlistung und Schmuggel, und die Solidarität der Gefangenen bei allem dem. Was wiederum die Beamten dazu nötigt, Spitzel unter den Gefangenen zu engagieren.

Sehr eindrucksvoll und gut ist die Schilderung der Vorführung des Gefangenen bei Beginn der Strafhaft vor der Konferenz der höheren Beamten, wobei über seine Unterbringung und Arbeit entschieden zu werden pflegt. Der Vorgang scheint mir sehr realistisch geschildert. Den Veranstaltern fehlt offenbar das Vorstellungsvermögen für die schwindelerregende Situation des Gefangenen, der vor ihnen auf einer Matte zu stehen hat, und für den Abstand zu ihm, der so riesengroß ist, daß er einen menschlichen Kontakt ausschließt. Er schließt auch aus, daß sie dabei einen richtigen Eindruck von der Person des Gefangenen bekommen.

Alles wird im übrigen beherrscht von dem rigorosen Prinzip der Sicherheit der Verwahrung; ein *circulus vitiosus*: je strenger Überwachung, Beschränkung, Mißtrauen und Kontrolle sind, um so elementarer und erfinderischer der Fluchttrieb. Sehr realistisch ist die Schilderung der Untersuchung, wie Labitzke in den illegalen Besitz eines Reißnagels und eines Stücks Pappe gekommen sein mag. Für die weitaus größte Zahl der Gefangenen ist diese Vorsicht unnötig, also schädlich, was eines der Argumente für die unbedingte Notwendigkeit ist, die Gefangenen sehr differenziert nach einzelnen Kategorien zu tren-

nen und auch innerhalb dieser Kategorien einigermaßen individuell zu behandeln. Das ist ein längst erkanntes Gebot des modernen Strafvollzugs, das leider bei seiner mangelhaften materiellen und personellen Ausstattung noch längst nicht verwirklicht ist.

Die Isolierung von der bürgerlichen Umwelt, der autoritativ geregelte Tageslauf, die Unterwerfung unter Befehle und Verfügungen ohne jede Begründung (zum Beispiel: Packen Sie Ihre Sachen zusammen, in zehn Minuten werden Sie verlegt!), die fast gänzliche Unterbindung eigener aktiver Betätigung, Regung oder Entscheidung, schwächen die Widerstandskraft gegen Einflüsse jeder Art, von innen und von außen, wie sie nach der Haft an den Gefangenen herantreten.

Noch ein paar weitere Bemerkungen sind zu dem Buch zu machen: Jaeger und der Gefängnisgeistliche Dr. *Kühler*, der ihn in der Anstalt betreut und gefördert hat und der dem Buch ein Begleitwort mitgegeben hat, kämpfen besonders gegen das, was sie die Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen durch den Staat nennen. Sie meinen, daß man diese Arbeitskraft einigermaßen normal entlohnen, statt mit den zur Zeit gezahlten ganz geringen, mehr oder minder nominellen Beträgen, und den Verdienst für die Wiedergutmachung des Schadens aus der Straftat verwenden solle. Sie versprechen sich davon auch eine gute Wirkung auf den Gefangenen selbst. Das ist ein schöner Gedanke, aber als Praktiker, der die Sache von allen Seiten kennt, halte ich sowohl seine Voraussetzungen für irrig, wie seine Verwirklichung für schwierig, ja unmöglich, wenn sie gerecht sein soll. Die Behauptung von der Ausbeutung stimmt nicht. Die Arbeitsbetriebe der Strafanstalten sind durch vielfältige Umstände so sehr eingeschränkt und so wenig produktiv und im Ganzen so teuer, daß von Ausbeutung nicht gesprochen werden kann. Ein Schadensausgleich im Einzelfall wäre nur in einer Minderzahl von Fällen rechtlich und faktisch realisierbar. Man denke an die vielen Fälle, wo der Schaden nicht vermögensrechtlich ist, wo er so hoch ist, daß der Arbeitsverdienst dagegen nicht in Betracht käme, wo eine Arbeitsleistung aus irgendwelchen Gründen nicht erbracht wird, wo ein Schaden nicht entstanden ist, weil es nur zum Versuch gekommen ist.

Viel realistischer scheint mir der zur Zeit in England diskutierte Plan, eine allgemeine staatliche Ersatzpflicht für Schäden aus strafbaren Handlungen einzuführen, ausgehend von dem Gedanken, daß der Staat oder die Gesellschaft für die Straftat, oder vielmehr für ihre Nichtverhinderung, eine gewisse Verantwortung hat und daß es Sache des Staates ist, soziale Ungleichheit und Not, die aus Verbrechenfolgen entstehen, zu beheben.

Eine weitere Bemerkung: Der Jaegersche Roman bestärkt mich in der Auffassung, daß für Beschwerden und Eingaben aus der Haft heraus eine Instanz geschaffen werden sollte, die außerhalb der Justiz steht. Es zeigt sich immer wieder, daß die Solidarität der einzelnen Beamtenkörper zuweilen verhindert, daß begründete Mißstände nach außen sichtbar werden, was bekanntlich das beste und das eigentlich demokratische Mittel ihrer Abstellung ist. Es haben sich Fälle zugetragen, wo Gefängnisverwaltungen mit Hilfe des immer brauchbaren und mißbrauchbaren Begriffs der Ordnung in der Anstalt und der Briefzensur mißliebige Beschwerden behindert oder gar verhindert haben. Neuerdings gibt es zwar auch die Anrufung eines Gerichts für solche Beschwerden, aber nur bei Verletzung formeller Rechte, nicht bei sonstigen sachwidrigen Beschränkungen, Maßnahmen oder Schikanen, und nur wenn der behördliche Instanzenzug erschöpft ist.

Meiner Meinung nach sollte auch der tausendfache Mißbrauch durch Querulanten und Querköpfe nicht davon abhalten, den begründeten Beschwerden nachzugehen und abzuwehren. Dazu sollte eine Stelle geschaffen werden, die außerhalb der Ressortverwaltung steht. Das gilt natürlich nicht nur für die Justiz, sondern für alle Verwaltungen. Ich denke dabei an eine Einrichtung nach Art des in anderthalb Jahrhunderten bewährten schwedischen *Ombudsmann*, der von einem Parlamentsausschuß gewählt wird, dem Parlament verantwortlich ist und öffentlich Bericht gibt und Rede und Antwort steht.